

KGL-Mitgliederumfrage - Sperrfrist: Freitag, 3. April 2020, 06.00 Uhr

KMU stützen die Massnahmen, benötigen aber mehr finanzielle Mittel

Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern (KGL) hat bei seinen Mitgliedern eine Umfrage zu den aktuellen Massnahmen von Bund und Kanton durchgeführt. Die Rückmeldungen der Unternehmen zeigen, dass die Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus grossmehrheitlich gestützt werden. Gleichzeitig geben sie an, dass sie in Anbetracht der eingebrochenen Umsätze mehr finanzielle Mittel benötigen. Generell sind die Kleinstfirmen überdurchschnittlich stark betroffen und teilweise bereits jetzt in ihrer Existenz bedroht.

Um die strategische Arbeit der Regierung zu unterstützen, startete der KGL bei seinen über 9'300 Mitgliedern eine Online-Umfrage. Ziel war es zu erheben, wo die Unternehmer aktuell der Schuh am meisten drückt und welche Bedürfnisse sie in ihrem Unternehmen und ihrem Umfeld wahrnehmen. Es nahmen 2'020 Unternehmen an der Umfrage teil.

Die Resultate der Umfrage zeigen auf, wie stark die Unternehmen von den bisher ergriffenen Massnahmen betroffen sind. Weiter geben die Unternehmen an, wie sie die weiteren Auswirkungen erwarten. Es bestätigt sich die Wahrnehmung des KGL, dass die Kleinstunternehmen (1-9 Mitarbeiter) bisher am stärksten von den Massnahmen betroffen sind. So geben fast 40 % dieser Betriebe an, dass sie 80 % oder sogar 100 % Umsatzeinbussen zu verzeichnen haben. Entsprechend bewerten sie ihre kurz- und mittelfristigen Perspektiven schlechter als die grösseren Unternehmen.

Die bisherigen Hilfsmassnahmen des Bundes werden von den Unternehmen genutzt. Rund 50 % geben an, dass sie bereits Kurzarbeit beantragt haben. Entschädigung bei Erwerbsausfällen von Selbstständigen haben naturgemäss weniger und vor allem Kleinstbetriebe beantragt. 15 % der befragten Unternehmen haben zudem vom Angebot eines Überbrückungskredits Gebrauch gemacht. Weitere 8 % der Unternehmen planen dies noch zu tun.

83 % der Unternehmen sehen die Prioritäten zwischen Schutz der Gesundheit und Schutz der Wirtschaft als richtig gesetzt an. Sie stützen also die ergriffenen Massnahmen des Bundes. Ebenfalls wird die Luzerner Regierung in ihrer Arbeit weitgehend gestützt. Dies betrifft das Massnahmenpaket zur Unterstützung der Luzerner Wirtschaft sowie die Kommunikation der Regierung. Gleichzeitig werden zusätzliche finanzielle Mittel gefordert. Auch hier zeigt sich, dass insbesondere die Kleinstbetriebe auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind. 55 % von ihnen erachten à fonds perdu-Direktzahlungen als nötig.

Die Ergebnisse sind umfangreich und vielfältig. Es braucht darum die nötige Zeit, um die richtigen Ableitungen davon zu machen. Der KGL und die Luzerner Regierung haben deshalb schon Mitte dieser Woche gemeinsam das weitere Vorgehen fixiert. Beide Seiten werden umgehend und unabhängig die Ergebnisse analysieren. Anfangs kommende Woche werden sich beide zu einer Austauschsitzung treffen. Es ist das gemeinsame Ziel anhand der Umfrageresultate im Hinblick auf die kommenden Wochen zu klären, ob es Anpassungen bei der Strategie und bei den kantonalen Massnahmen braucht. Ebenfalls erörtern will man die Umfrageresultate bezüglich der Massnahmen des Bundes. Einig sind sich KGL und Regierung zudem darin, dass auch in der kommenden Phase ein kooperativer Austausch zwischen den diversen Anspruchsgruppen der Luzerner Wirtschaft stattfinden soll. Dazu besteht mit der "Koordinationsgruppe Wirtschaft" ein eingespieltes Format.

Kontakt: Gaudenz Zemp, Direktor KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern: 079 340 85 79, gaudenz.zemp@kgl.ch